



Kassenreform

Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein stellen ihre Reformideen vor.

Regierung legt Pläne vor

Die Kassenreform steht – zumindest wenn es nach den Ideen von ÖVP und FPÖ geht: weniger Kassen, weniger Funktionäre, mehr Jobs für Koalitionäre.

••• Von Karina Schriebl

WIEN. Als großen Wurf haben am Dienstag die Spitzen von ÖVP und FPÖ ihre Reform der Krankenversicherungen präsentiert und gefeiert. Die Pläne: fünf statt bisher 21 Sozialversicherungsträger und eine weitgehende Änderung der Machtverhältnisse in den Krankenkassen: Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen künftig je die Hälfte der Mandate stellen, womit in vielen Gremien der Selbstverwaltung schwarz-blaue Mehrheiten möglich wären. Das Modell gibt es bereits seit 2004 im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, wo die ÖVP seither den Vorsitzenden stellt.

Neue Verwaltungsebene

In der geplanten „Österreichischen Gesundheitskasse“ soll es anstatt der derzeitigen Gremien künftig nur noch je einen „Verwaltungsrat“ auf Bundesebene und in den neun Landesstellen geben. Die Leistungen sollen künftig zentral vorgegeben, die Beiträge zentral eingehoben werden. Die regionale Selbstver-

waltung dürften nur noch über Gesundheitsplanung und Gesundheitsziele entscheiden und „innovative Projekte“ begleiten. Neben der „Österreichischen Gesundheitskasse“ soll es künftig noch die Unfallversicherung AUVA, die Pensionsversicherung sowie eine Sozialversicherung für Beamte und Bergbau sowie für Bauern und Unternehmer geben. Bei Bauern und Unternehmern gibt es allerdings bereits Widerstand gegen die Fusionspläne.

Eine Milliarde Einsparungen

Die Regierung will bis zum Jahr 2023 rund eine Mrd. € bei den Kassen einsparen. Gelingen soll das durch eine Reduktion des Verwaltungspersonals. Es werde allerdings keine Kündigungen geben, betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz, sondern man wolle Stellen nicht mehr nachbesetzen. Die Gelder sollen für mehr Leistungen verwendet werden, hieß es am Dienstag.

Nicht kommen werden die Beitragseinhebung durch die Finanz oder die Aufhebung der Selbstverwaltung. Dafür wird

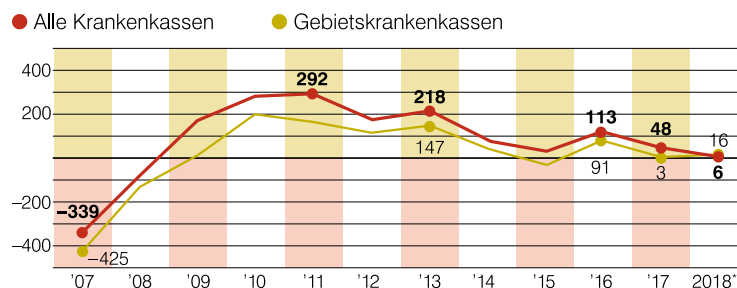
es mit der ÖGK eine weitere Verwaltungsebene geben. Denn die Länderagenden der bisherigen Gebietskrankenkassen sollen bestehen bleiben. Experten bezwei-

feldn die geplanten Einsparungen. Die in den Vorjahren erfolgte Fusion der Pensionsversicherungen hat bisher rund 140 Mio. € an Mehrkosten verursacht.

Krankenkassen leicht im Plus

Prognosen und Ergebnisse

Bilanzsaldo in Millionen Euro, 2018 vorläufig



Einzelne Kassen	2017	2018*		2017	2018*
GKK Burgenland	+1,4	-1,6	SVA Bauern	+23,2	+14,5
GKK Niederösterreich	±0	±0	VA Eisenbahn/ Bergbau	-3,1	-4,4
GKK Kärnten	±0	±0	SVA Gewerbl. Wirtschaft	+28,3	+4,5
GKK Oberösterreich	+3,3	+3,2	VA Öffentlicher Dienst	-8,2	-27,9
GKK Salzburg	+2,9	+0,7			
GKK Steiermark	+23,0	+31,3			
GKK Tirol	+9,8	±0			
GKK Vorarlberg	±0	±0			
GKK Wien	-37,6	-18,0			

*Voranschlag, Stand Mai 2018
Quellen: APA/Hilfsverband.

*Voranschlag, Stand Mai 2018
Quelle: APA/Hauptverband